



**IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit
Deutschland e.V.**

Information zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten im Rahmen Ihres Dienstverhältnisses mit IN VIA

Hiermit informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und über die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Rechte. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der Bestimmungen des Kirchlichen Datenschutzgesetzes (KDG).

Namen und die Kontaktdaten des Verantwortlichen und Vertreters

IN VIA Katholischer Verband für Mädchen- und Frauensozialarbeit - Deutschland e. V.
vertreten durch den Vorstand
Karlstraße 40, 79104 Freiburg
Telefon: +49 (0)761 200-231
E-Mail: invia@caritas.de
Internetseite: www.invia-deutschland.de

Kontaktdaten des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Rechtsanwalt Ziar Kabir
SCO-CON:SULT GmbH
Hauptstraße 27, 53604 Bad Honnef
E-Mail: datenschutz-invia@caritas.de
www.sco-consult.de

Kategorien personenbezogener Daten und Quelle der Daten

Folgende Kategorien personenbezogener Daten können im Rahmen Ihres Dienstverhältnisses verarbeitet werden:

- Personenstammdaten (u.a. Vorname, Nachname, Namenszusätze, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit und Personalnummer)
- Kontaktdaten (u.a. Anschrift, Telefonnummern, E-Mail-Adresse)
- Steuer- und Versicherungsdaten (u.a. Sozialversicherungsnummer, Rentenversicherungsnummer, Steueridentifikationsnummer, Daten zur Krankenversicherung, Sozialversicherung und Einkommenssteuer)
- Bankdaten (u.a. Bankverbindung und Kontoinhaber)
- Ggf. Vermerk der Einsichtnahme in Führungszeugnisse und Nichtvorhandensein einschlägiger Vorstrafen
- Daten aus dem Beschäftigungsverhältnis (u.a. Zeiterfassungsdaten, Urlaubszeiten, Arbeitsunfähigkeitszeiten, ausgeübte Tätigkeiten)
- Gesundheitsdaten

Ihre personenbezogenen Daten werden in aller Regel direkt bei Ihnen im Rahmen des Einstellungsprozesses oder während des Beschäftigungsverhältnisses erhoben. In bestimmten Konstellationen werden aufgrund gesetzlicher Vorschriften Ihre personenbezogenen Daten auch bei anderen Stellen erhoben. Dazu gehören insbesondere anlassbezogene Abfragen von steuerrelevanten Informationen beim zuständigen Finanzamt sowie Informationen über Arbeitsunfähigkeitszeiten bei der jeweiligen Krankenkasse.

Sollten wir Daten von anderen Dritten (z. B. Stellenvermittlung) erhalten haben, teilen wir Ihnen die erhaltenen Daten und die Herkunft innerhalb eines Monats nach Erhalt mit.

Pflicht zur Bereitstellung personenbezogener Daten / Folgen der Nichtbereitstellung

Im Rahmen Ihrer Beschäftigung müssen Sie diejenigen personenbezogenen Daten bereitstellen, die für die Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses und der Erfüllung der damit verbundenen vertraglichen Pflichten erforderlich sind oder zu deren Erhebung wir gesetzlich verpflichtet sind. Ohne diese Daten werden wir nicht in der Lage sein, den Dienstvertrag mit Ihnen durchzuführen.

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt soweit nicht anders angegeben zur Begründung, Durchführung und Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses. Die vorrangige Rechtsgrundlage hierfür ist § 6 Abs. 1 c) i.V. m. § 53 Abs. 1 KDG. Daneben können Kollektivvereinbarungen (Regelungen der AVR sowie Dienstvereinbarungen) sowie ggf. Ihre gesonderten Einwilligungen gem. § 6 Abs. 1 b) i. V. m. § 53 Abs. 1 KDG (z. B. bei Videoaufnahmen) als datenschutzrechtliche Erlaubnisvorschrift herangezogen werden. Ihre Daten verarbeiten wir auch, um unsere gesetzlichen Pflichten als Arbeitgeber insbesondere im Bereich des Steuer- und Sozialversicherungsrechts erfüllen zu können. Dies erfolgt auf Grundlage von § 6 Abs. 1 d) i. V. m. § 53 Abs. 1 KDG.

Soweit erforderlich, verarbeiten wir Ihre Daten zudem auf Grundlage von § 6 Abs. 1 g) und ggf. i. V. m. § 53 Abs. 2 KDG, um berechtigte Interessen von uns oder von Dritten (z. B. Behörden) zu wahren. Dies gilt insbesondere bei der Aufklärung von Straftaten, der internen Kommunikation und sonstiger Verwaltungszwecke. Ebenfalls leiten wir, soweit erforderlich, Ihre Daten zur Erfüllung von Rechtsverpflichtungen gegenüber Mittelgebern im Rahmen von Antrags- und Nachweisverfahren auf Grundlage des § 6 Abs. 1 g) KDG weiter.

Soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten i. S. d. § 4 Nr. 2 KDG verarbeitet werden, dient dies im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses der Ausübung von Rechten oder der Erfüllung von rechtlichen Pflichten aus dem Arbeitsrecht, dem Recht der sozialen Sicherheit und dem Sozialschutz (z. B. Angabe von Gesundheitsdaten gegenüber der Krankenkasse, Erfassung der Schwerbehinderung wegen Zusatzurlaub und Ermittlung der Schwerbehindertenabgabe). Zudem kann die Verarbeitung von Gesundheitsdaten für die Beurteilung Ihrer Arbeitsfähigkeit erforderlich sein. Als Rechtsgrundlage dient in diesen Fällen § 6 Abs. 1 c) i.V. m. §§ 53 Abs. 1, 11 Abs. 2 b), h) KDG. Daneben kann die Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten auf Grundlage einer Einwilligung nach § 6 Abs. 1 b) i. V. m. § 53 Abs. 1 KDG (z. B. Betriebliches Gesundheitsmanagement) erfolgen.

Sollten wir Ihre personenbezogenen Daten für einen oben nicht genannten Zweck verarbeiten wollen, werden wir Sie zuvor darüber informieren.

Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Innerhalb unserer Organisation erhalten nur die Personen und Stellen (z. B. Personalsachbearbeitung, Mitarbeitervertretung) Ihre personenbezogenen Daten, die diese zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten benötigen. Weitere Empfänger innerhalb unseres Verantwortungsbereichs sind weisungsgebundene Auftragsverarbeiter, die in unserem Auftrag u.a. Verwaltungsdienstleistungen erbringen.

Darüber hinaus können wir Ihre personenbezogenen im dafür erforderlichen Umfang an Dritte übermitteln, wenn dies zur Erfüllung unserer vertraglichen und gesetzlichen Pflichten als Arbeitgeber oder zur Wahrung unserer oder berechtigter Interessen Dritter erforderlich ist. Dies schließt folgende Kategorien von Empfängern ein:

- Behörden (z. B. Rentenversicherungsträger, berufsständische Versorgungseinrichtungen, Sozialversicherungsträger, Finanzbehörde, Gerichte)
- Bank der/des Mitarbeitenden (SEPA-Zahlungsträger)
- Annahmestellen der Krankenkassen
- Stellen, um Ansprüche aus der betrieblichen Altersversorgung gewährleisten zu können
- Stellen, um die vermögenswirksamen Leistungen ausbezahlen zu können.
- Drittschuldner im Falle von Lohn- und Gehaltspfändungen
- Insolvenzverwalter im Falle einer Privatinsolvenz
- Mittelgeber (insbesondere öffentliche und kirchliche Mittelgeber sowie Soziallotterien)

Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer personenbezogener Daten

Wir löschen Ihre personenbezogenen Daten, sobald sie für die oben genannten Zwecke nicht mehr erforderlich sind. Nach Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses werden Ihre personenbezogenen Daten gespeichert, solange wir dazu gesetzlich verpflichtet sind. Dies ergibt sich regelmäßig durch rechtliche Nachweis- und Aufbewahrungspflichten, die unter anderem im Handelsgesetzbuch und der Abgabenordnung geregelt sind. Die Speicherfristen betragen danach bis zu zehn Jahre. Außerdem kann es vorkommen, dass personenbezogene Daten für die Zeit aufbewahrt werden, in welcher Ansprüche gegen uns geltend gemacht werden können (gesetzliche Verjährungsfrist von drei oder bis zu dreißig Jahren).

Betroffenenrechte

Nach dem Kirchlichen Datenschutzgesetz stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Basiert die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Ihrer Einwilligung, so können Sie diese mit Wirkung für die Zukunft widerrufen (§ 8 Abs. 6 KDG).
- Sie haben das Recht Auskunft darüber zu verlangen, ob zu Ihrer Person personenbezogene Daten gespeichert werden und Informationen zu den Kategorien der Daten, Zwecken, Empfängern der Daten, der Speicherdauer und Ihren Betroffenenrechten zu erhalten (§ 17 KDG).
- Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, so steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (§ 18 KDG).
- Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen (§ 19, 20 KDG).
- Sollten wir Ihre Daten nach § 6 Abs. 1 f) oder g) KDG auf Grundlage einer Interessenabwägung verarbeiten, steht Ihnen ein Widerspruchsrecht zu (§ 23 KDG). Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
- Basiert die Verarbeitung personenbezogener Daten auf Ihrer Einwilligung oder einem Vertrag und erfolgt die Verarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren, so steht Ihnen ein Recht zu, die Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten (§ 22 KDG).
- Sie können gegen die Verarbeitung Ihrer Daten Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde einlegen (§ 48 KDG). Zudem können Sie sich an unseren oben genannten Datenschutzbeauftragten wenden. Die für uns zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde erreichen Sie unter:
Katholisches Datenschutzzentrum Frankfurt/M., Ursula Becker-Rathmair, Haus am Dom Domplatz 3, 60311 Frankfurt, Tel.: 069 / 80087188 00, Fax: 069 / 80087188 15, E-Mail: info@kdsz-ffm.de